



Sinkende Erwartungen, steigende Preise

Stefan Bruckbauer, Chefökonom der UniCredit Bank Austria, über Wachstumsdämpfer, Auswege aus der Energiemisere und das Ende der Nullzinsära.

21.04.2022, 9:05



© UNICREDIT BANK AUSTRIA

Stefan Bruckbauer ist Chefökonom der UniCredit Bank Austria.

Seit Wochen tobt in der Ukraine ein Krieg. Neben unermesslichem menschlichen Leid ist davon auch die heimische Wirtschaft schwer betroffen. Wie schlägt sich der Konflikt auf die Konjunkturontwicklung hierzulande nieder?

Stefan Bruckbauer: Wir rechnen damit, dass es heuer und nächstes Jahr um 1,5 Prozent weniger Wachstum geben wird – unter der Prämisse, dass es keine Beeinträchtigung bei der Energie-lieferung geben wird. Verglichen mit dem gesamten Euroraum sind die Auswirkungen in Österreich etwas stärker spürbar. Insbesondere im zweiten und dritten Quartal rechnen wir mit einem Dämpfer für das Wachstum als Folge des Krieges in der Ukraine. Im Herbst sind wir noch von 5,5 Prozent Wachstum ausgegangen, mussten die Prognose aber für heuer auf 3,6 Prozent und für nächstes Jahr auf 2,6 Prozent nach unten korrigieren.

Was sind die größten Dämpfer bei dieser Entwicklung?

Bruckbauer: Die stärksten Effekte haben sicher die Inflation und die Energiepreise. Auch der private Konsum ist schwächer und Unternehmen warten mit Investitionen zu. Wäre die Konjunktur nach den Lockdowns nicht wieder so gut angesprungen, würden wir sogar auf eine Rezession zusteuern. So ist es eher eine Stagnation auf hohem Niveau.

Die enorm gestiegenen Energiepreise treffen die gesamte Wirtschaft massiv – vom kleinen Bäcker bis zum energieintensiven Industrieunternehmen. Welche Szenarien drohen?

Bruckbauer: Ein Totalausfall von Gas würde zwangsläufig zu einem Produktionsstopp und zu einem nochmaligen Rückgang des Wachstums von 1,5 bis 4,5 Prozentpunkte führen – das würde in den meisten Ländern der EU eine Rezession bedeuten. Es gibt kurzfristig kein Szenario, das ohne Gaslieferung auskommt. Derzeit wird in der Industrie ein Drittel des Energiebedarfes direkt mit Gas gedeckt, darüber hinaus wird damit auch Strom erzeugt. Was den raschen Ausstieg aus Gas betrifft, gibt es kurzfristig keine Maßnahmen, weil es von heute auf morgen schlicht keine Alternativen gibt.

Welche Anreize wären sinnvoll, um die Abhängigkeit von russischem Gas längerfristig zu reduzieren? Wie kann der Umstieg gelingen?

Bruckbauer: Wir haben viel mehr Energieimporte als -exporte, und zwar in einem Ausmaß von zwei Prozent des BIP. Und dieser Anteil wird auf drei Prozent klettern. In Österreich werden noch immer 40 Prozent des Energiebedarfs mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Hier sind wesentliche Maßnahmen notwendig, wir müssen dafür viel Geld in die Hand nehmen. Für den Umstieg sind massive Investitionen in Wasserkraft, Windkraft und Sonnenenergie notwendig. Hier braucht es Förderungen und weniger bürokratische Hürden, die Genehmigungsverfahren müssen hier dringend beschleunigt werden. Dass es bei der grünen Transformation auch rasch gehen kann, wenn der Druck groß genug ist, hat die Entwicklung im Bereich der E-Mobilität gezeigt.

Welche Maßnahmen wären wirtschaftspolitisch sinnvoll, um die Preisdynamik einzudämmen und zur Entlastung beizutragen?

Bruckbauer: Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip halte ich für nicht sinnvoll. Stattdessen müssten jene Teile der Gesellschaft unterstützt werden, die dadurch an den Rand der Armut gedrängt werden. Das unterste Einkommensfünftel der Haushalte hat kaum Spielraum aufgrund fehlender Ersparnisse.

Sehen Sie die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale?

Bruckbauer: In den vergangenen 20 Jahren haben höhere Lohnabschlüsse nicht zu höheren Preisen geführt. Auch wenn sich die Rahmenbedingungen geändert haben, sehe ich das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale eher nicht.

Inwiefern wird die Rohstoff- und Energiedynamik die Inflation in den nächsten Monaten weiter anheizen?

Bruckbauer: Der Krieg in der Ukraine hat die Inflation im März auf 6,8 Prozent angehoben. Da über die Energiepreise auch die Lebensmittelpreise steigen, gehen wir in den nächsten Monaten von einer Teuerung von sieben Prozent aus. Ab der zweiten Jahreshälfte sollte die Stabilisierung der Energiepreise jedoch den Inflationsauftrieb zu dämpfen beginnen. Wir rechnen mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 5,9 Prozent im heurigen Jahr und gehen davon aus, dass die Inflation auch 2023 mit 2,3 Prozent überdurchschnittlich hoch bleiben wird, da noch Effekte wie die Indexierung der Mieten zu erwarten sind.

Auch die Geldpolitik ist in Zeiten hoher Teuerungsraten gefordert. Ist das jetzt nach Jahren das Ende der Nullzinsära?

Bruckbauer: Die Zeit der Negativzinsen ist vorbei, die Zinswende ist eingeläutet. Schrittweise werden die Zinsen angehoben werden, ich rechne mit zwei bis drei Prozent in den nächsten Jahren.

Zur Person: Stefan Bruckbauer, geboren in Ried im Innkreis. Studium der Volkswirtschaftslehre in Linz, ehemaliger Lektor an der Uni Linz und Uni Wien, zahlreiche Publikationen, Chefökonom der UniCredit Bank Austria

Das könnte Sie auch interessieren



Flughafen Graz im Aufwind

Mit 561.000 Fluggästen konnte die Zahl der Passagiere im Vorjahr gegenüber dem Pandemiejahr 2021 erhöht werden. [➤ mehr](#)



Export-Rekord trotz angespannter Weltmärkte

14,4 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2022 bedeuten einen neuen steirischen Export-Höchstwert. Doch die globale Handelssituation bleibt weiter schwierig. [➤ mehr](#)



Gründerboom: Wie steirische Jung-Betriebe durchstarten

Trotz Pandemie und hoher Inflation gab es 2022 steiermarkweit den zweithöchsten Gründungswert aller Zeiten. Warum und wieso? Wir haben drei Jungunternehmen nach ihren Motiven gefragt.

[➤ mehr](#)